

## In den Spitälern droht Rekordabgang

2023 gibt es kumulierte Mehrbelastungen bei Energie- und Personalkosten. Die Betriebsabgänge könnten die 100-Millionen-Euro-Grenze überschreiten.

Innsbruck – In den sechs Bezirkskrankenhäusern müssen großteils die Gemeinden für deren Betriebsabgänge aufkommen. Schon jetzt ist die finanzielle Belastung kaum noch zu bewältigen. Im Vorjahr betrug die finanzielle Lücke der peripheren Häuser 25,8 Millionen Euro, jene der Tiroler Kliniken 47 Millionen Euro. Darin enthalten war aber bereits ein Liquiditätszuschuss des Landes. Heuer dürften sich die Abgänge noch im Rahmen halten, für das kommende Jahr sieht es hingegen düster aus. Mehr als 100 Millionen Euro könnten es für die neun öffentlichen Spitäler werden. Personal- und Energiekosten treiben den Aufwand in die Höhe.

In der Vorwoche gab es bereits erste Gespräche, für Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf müssen Bund und Länder den Gemeinden unter die Arme greifen. „Es benötigt Liquiditätszuschüsse, damit die Gemeinden den zusätzlichen Aufwand auch für die Krankenhäuser bewerkstelligen können.“ Das habe sich schon während der Corona-Pandemie bewährt. Schöpf verweist auf die jüngst beschlossene Gemeinde-Milliarde, 250 Mio. Euro davon sollten in Form von Liquiditätshilfen fließen.

„Öffentliche Einrichtungen sind aufgerufen, dort Energie zu sparen, wo es Sinn macht und es zu keinen wesentlichen Einschränkungen kommt. Die Gesundheitsversorgung nimmt als kritische Infrastruktur natürlich eine besondere Stellung ein“, sagt Finanzreferent Landeshauptmann Toni Mattle (VP) auf Anfrage der Tiroler Tageszeitung. Das Land Tirol werde deshalb gemeinsam mit den Krankenhäusern und Spitälern alles unternehmen, um die hochwertige Versorgung weiterhin sicherzustellen. „Wir warnen schon seit Langem, dass die außer Kontrolle geratenen Energiepreise auch die öffentliche Hand mit all ihren Betrieben und Einrichtungen vor große Herausforderungen stellt.“

Laut Mattle haben sich die Finanzreferenten der Länder bereits in einem ersten Schritt an den Bund gewandt, um den Energiekostenzuschuss auch auf öffentliche Unternehmungen auszuweiten. „Es ist aber klar, dass wir nur mit einer Reform des europäischen Strommarktes sowie einer Entkoppelung des Strom- vom Gaspreis, sprich dem Aussetzen der Merit-Order, diese immensen Preissprünge nachhaltig beenden können.“ Bis es auf europäischer Ebene jedoch zu einer Lösung komme, müssten die Einrichtungen, Bund und Land die Mehrbelastung stemmen, erklärt Mattle abschließend.

Foto: Springer



„ Es benötigt Liquiditätszuschüsse aus der Gemeindevillarde. Das hat sich schon bei Corona bewährt.“

Ernst Schöpf  
(Gemeindeverbandspräsident)



Die Spitäler benötigen eine Finanzspritze, im Land gibt es dazu bereits intensive Gespräche zwischen Gemeinden und Regierung. Foto: APA/Fotoeinger